

- **Referat:.. – 20 -**
- **Titel:**
Bedarf älterer Menschen an differenzierten Wohnformen im Land Brandenburg

- **Autor & Telefon: Ingrid Even-Pröpper (-8150)FF**
- **Dateiname:**
- **Letzte Änderung: 02.06.2009**

- **Abnahme ÖA:**

- **Bemerkungen:**

gespeichert unter: G:\Ref20\2009\Wohnungswesen\Wohnen im Alter\ Vortrag DRK03.06.2009 Bedarf älterer Menschen an differenzierten Wohnformen.ppt

Bedarf älterer Menschen an differenzierten Wohnformen im Land Brandenburg

MR´in Ingrid Even-Pröpper

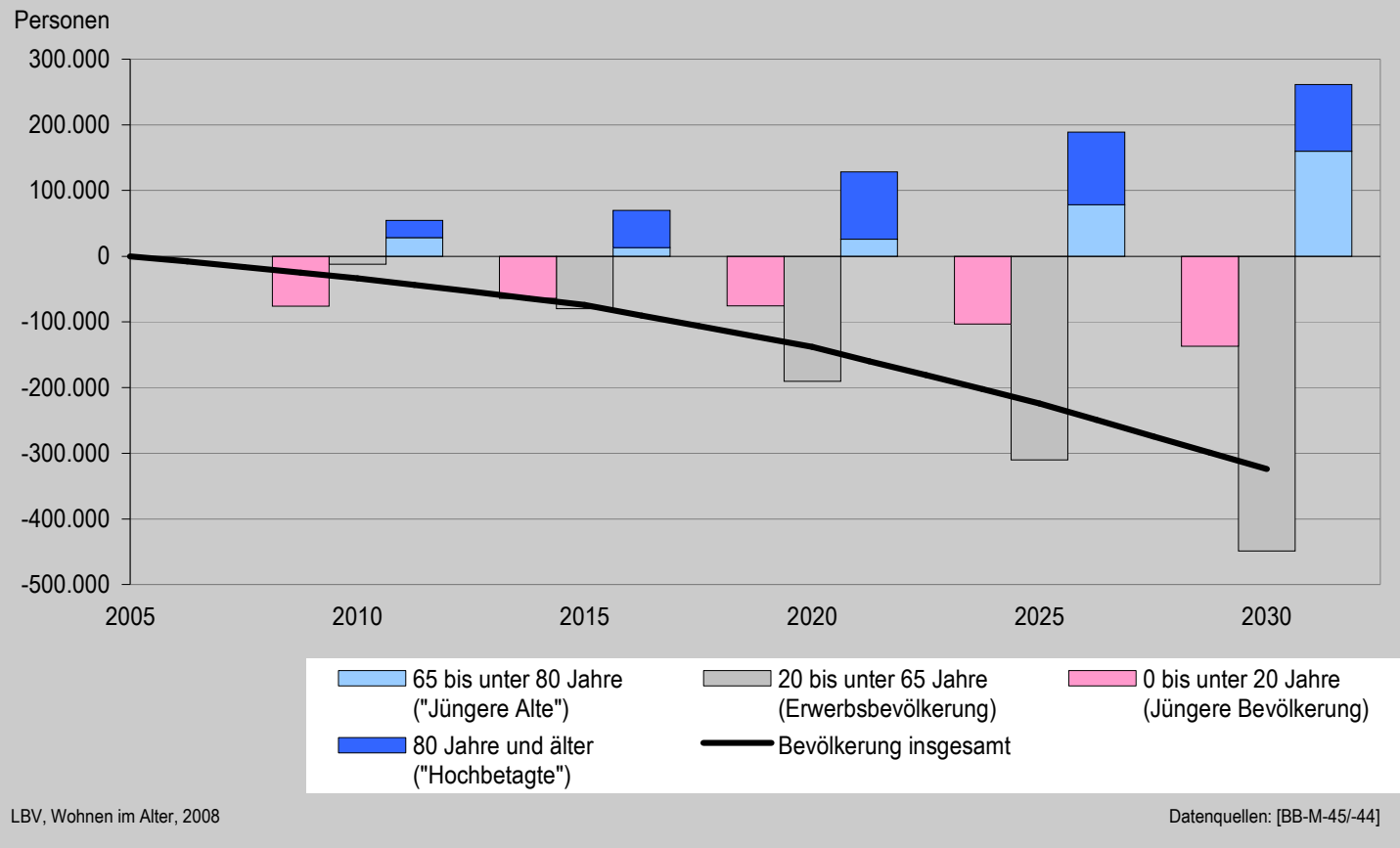
Ausgangslage im Land Brandenburg: Demografischer Wandel

- Kontinuierlicher Bevölkerungsrückgang insgesamt im Land
- bis 2030 exponentielle Zunahme der jungen Alten (65 – 80 Jahre) und der Hochbetagten
- Gleichzeitig exponentieller Rückgang der 20 – 65 – jährigen
- Unterschiedliche Entwicklung im engeren Verflechtungsraum und im äußeren Entwicklungsraum

Wohnen im Alter – Teil C

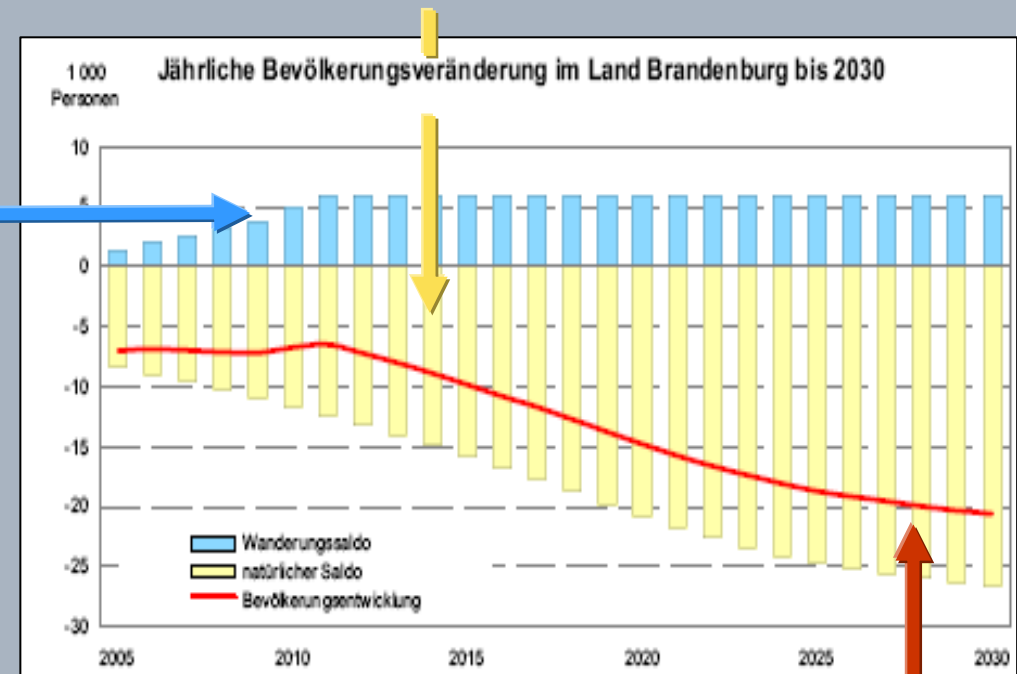
Demografische Rahmenbedingungen

Abbildung 77h: Bevölkerungsvorausberechnung (Land Brandenburg) nach Altersgruppen -
Abbildung 77h: Veränderungen gegenüber 2005



Demografische Rahmenbedingungen bis 2030 im Land Brandenburg

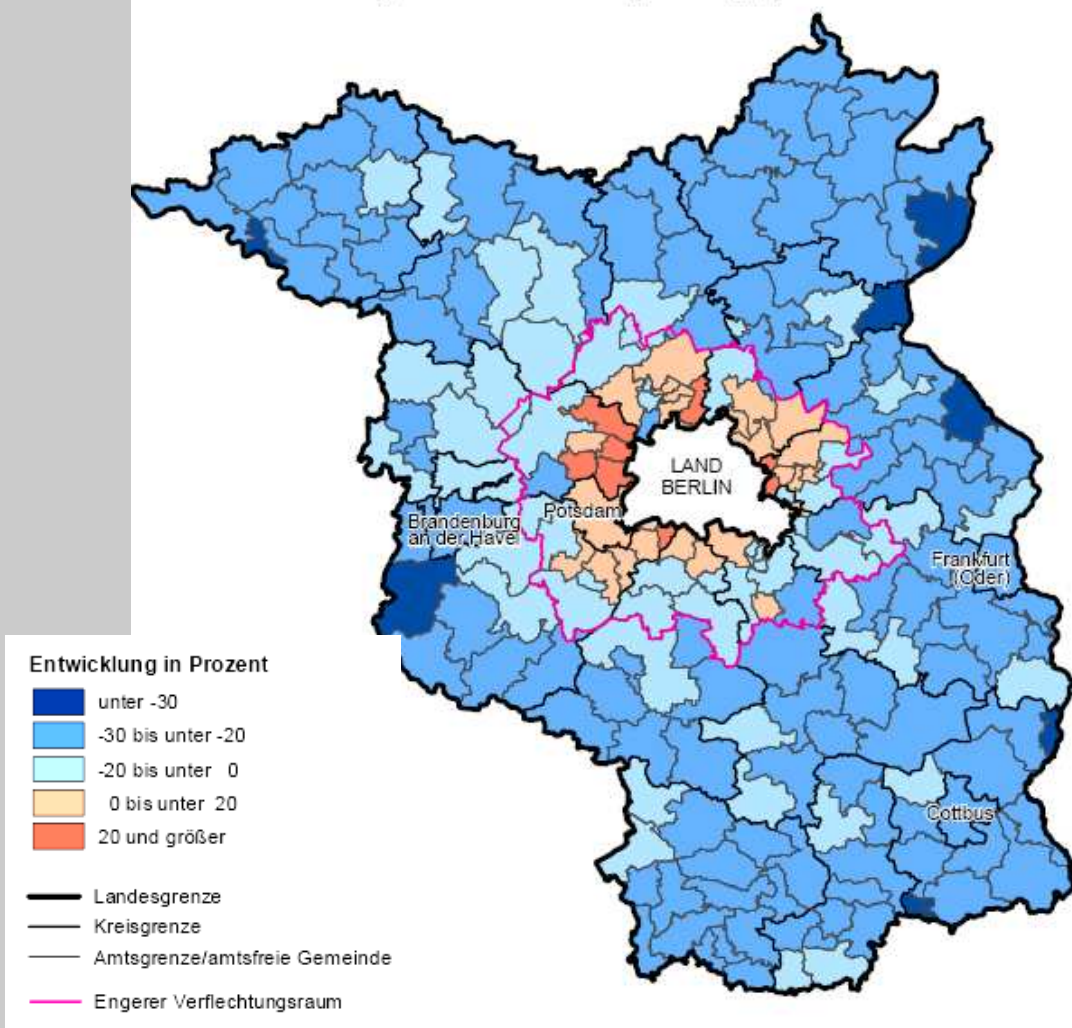
- Natürlicher Saldo.
- Wanderungsgewinne
- Einwohnerzahl



Demografische Rahmenbedingungen

2004 bis 2030 im Land Brandenburg

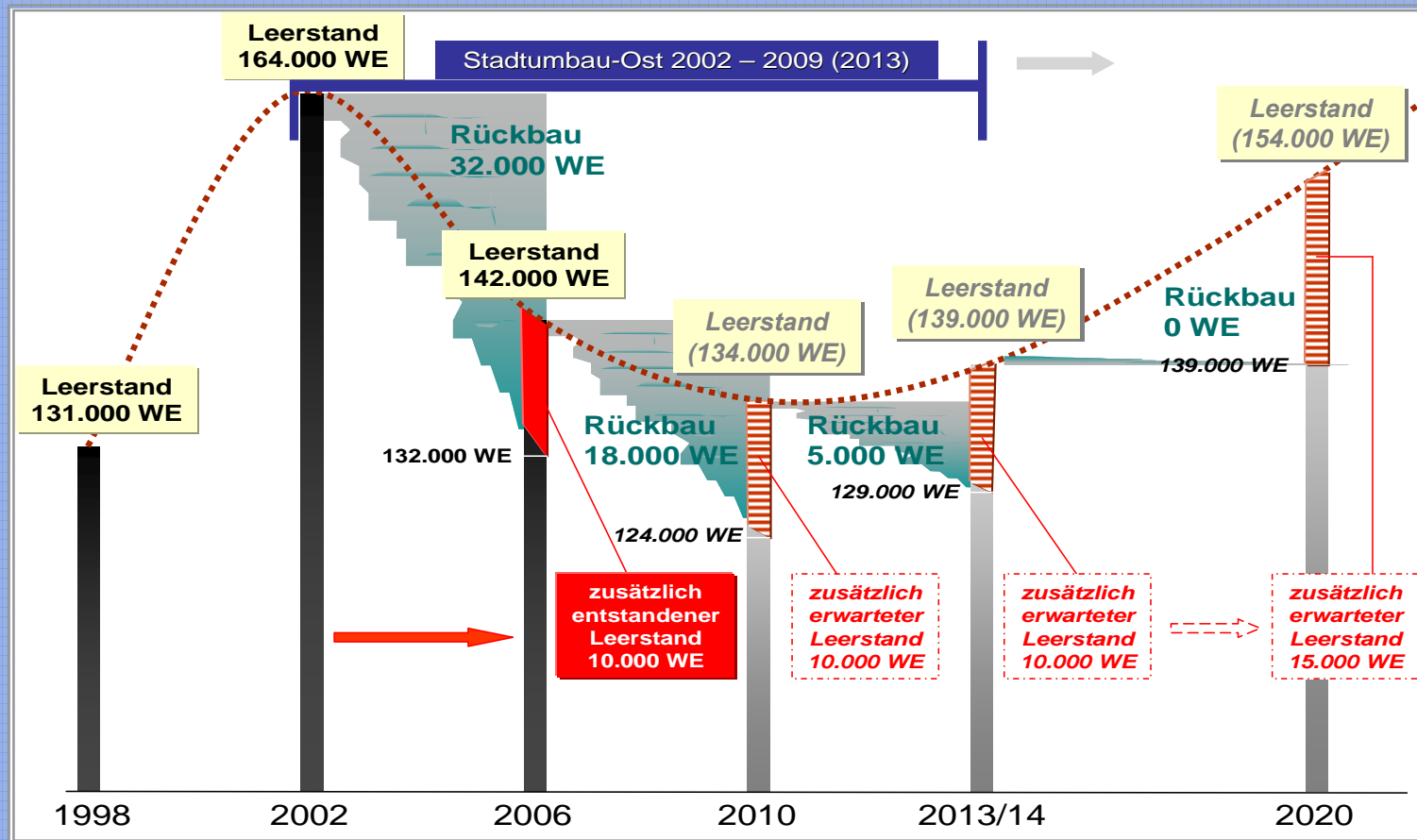
Bevölkerungsvorausschätzung 2030 gegenüber 2004*



- Insgesamt **Einwohnerverluste** von 2,57 Mio. EW in 2004 um ca. **332 Tsd. EW** (rd. 13 %) auf 2,22 Mio. EW in 2030.
- Starke räumliche Differenzierung zwischen dem **engeren Verflechtungsraum um Berlin (+3,1%)** mit 31 Tsd. EW und dem **äußeren Entwicklungsraum (-23%)** mit 364 Tsd. EW

Kernaussagen Stadtbaumonitoring

- Stabilisieren sich die Wohnungsmärkte (2)?



Grundlagen des MIR für die Entwicklung von Politiken für das Wohnen im Alter

- Beauftragung und Auswertung von Gutachten und Erhebungen sowie solcher des Bundes und Dritter
- Eigene Erhebungen, z. B. im Jahr 2008

Ergebnisse einer Untersuchung des LBV aus dem Jahr 2008 (1)

2007 lebten

- über 94 % der über 65-Jährigen = 475.000 Personen in eigenständiger Wohnform in der vertrauten Umgebung
- 3,86 % in stationärer Pflege
- 1,73 % in betreutem/ Service-Wohnen
- 620 Plätze wurden in Wohngemeinschaften gezählt

Ergebnisse (2008) (2)

Von insgesamt 506.000 Menschen über 65 Jahren lebten

- 20.000 in Heimen
- 120.000 in selbst genutztem Wohneigentum
- Min. 310.000 in nicht speziell altengerechten Mietwohnungen
- Max. 56.000 in Mietwohnungen mit altersgerechter Bauweise, Ausstattung oder Service, davon ca. 9.000 in betreutem Wohnen und 620 in Wohngemeinschaften
- Max. 12.000 in rollstuhlgerechten, barrierefreien oder bedingt barrierefreien Mietwohnungen
- Max. 34.000 in seniorenfreundlichen Wohnungen (z. B. mit Aufzug)

Bewertung (1)

- Zwar lassen diese Zahlen allgemeine Schlüsse auf quantitative Disparitäten zu, aber über qualitative Anforderungen eher nicht
- Befragungen zu Wohnwünschen an bestehende Wohnformen ergeben ebenfalls keine belastbaren Erkenntnisse
- Bedarfe sind nicht nur von der Demografie, vom Gesundheitszustand und familiären Strukturen abhängig, sondern wesentlich von allgemeinen gesellschaftspolitischen Entwicklungen

Bewertung (2)

Identifizierte generelle Wünsche an alle Akteure

1. **Selbstbestimmtes** Wohnen im „normalen“ Wohnumfeld, Absicherung gegenseitiger Hilfe und Unterstützung sozialer Netze
2. **Selbständigkeit**, freie Wahl der Gemeinschaft und der Wohnformen
3. **Selbstbestimmung** auch bei geringerer Selbständigkeit und umfassenderer Hilfe

Adressaten der Wohnungspolitik des MIR

Dem Grunde nach:

- Personenkreis, der sich nicht selbständig mit angemessenem Wohnraum versorgen kann
- Wohnungsunternehmen
- Private Bauherren, sofern ein bestimmtes Einkommen nicht überschritten wird

Ziele der Wohnungspolitik in Brandenburg

- Nachhaltige Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Energieeinsparung
- Seit 2007 Paradigmenwechsel:
 1. Schaffung von generationsgerechtem bezahlbarem Wohnraum
 2. Konzentration der Wohnraumförderung auf nachhaltige Kulissen
 3. Vorrang für Innenstadtstandorte

Zukunftsfähige Wohnungspolitik: Generationsgerechtigkeit

- Familien mit kleinen Kindern und Senioren stellen ähnliche Anforderungen an Wohnung, öffentliches und privates Wohnumfeld
- Aufzüge in Mietwohnungsgebäuden dienen sowohl jungen Müttern mit Kinderwagen als auch Senioren mit Rollatoren
- Familiengerechte Wohnungsgrundrisse und Grundstücksgestaltungen dienen dem Ziel der Sicherung der Selbständigkeit in der eigenen Wohnung im vertrauten Umfeld bis ins hohe Alter

Instrumente

- Förderung generationsgerechten Wohnraums im Bestand durch das Land
- Gestaltung des privaten Wohnumfeldes für jung und alt durch den Eigentümer
- Gestaltung des öffentlichen Wohnumfeldes im Quartier durch die Kommune
- Landesplanerische Weichenstellungen für die Absicherung der Daseinsvorsorge in den Städten für die städtischen Bewohner und die Bewohner in der Region



Vielen Dank